



Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti Socialiste Suisse

Zentralsekretariat / Secrétariat central

Theaterplatz 4, 3011 Bern

Postfach / Case postale, 3001 Bern

Tel. 031 329 69 69 / cecile.heim@spschweiz.ch

www.spschweiz.ch / www.pssuisse.ch

Bundesamt für Umwelt, BAFU

Worbentalstrasse 68

3063 Ittigen

Per E-Mail: gefahrenpraevention@bafu.admin.ch

Bern, 6. Februar 2026

**Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kantone Graubünden, Tessin und Wallis in Zusammenhang mit den Unwetterschäden im Sommer 2024:
Stellungnahme der SP Schweiz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Besten Dank für die Einladung zur Teilnahme an der obenstehenden Vernehmlassung. Gerne unterbreiten wir Ihnen die folgende Stellungnahme.

Ende Juni 2024 führten heftige Gewitter im Süden der Schweiz zu Hochwasser und Überschwemmungen. Besonders betroffen waren Teil des Tessins, des Wallis und von Graubünden. Die Folgen für die betroffenen Regionen sind gravierend. Diese Vorlage sieht deshalb vor, dass sich der Bund mit 50 Prozent an den Restkosten, die durch die Unwetter entstanden sind, beteiligt. Damit soll die Wiederherstellung der öffentlichen Gemeindeinfrastruktur der beitragsberechtigten Gemeinden mitfinanziert werden, so dass eine zumutbare Pro-Kopf-Belastung der Gemeinden verbleibt. Das Sondergesetz bezieht sich ausschliesslich auf Massnahmen, die direkt im Anschluss auf das Ereignis umgesetzt wurden oder noch werden. Voraussetzung für die Bundesbeteiligung ist, dass sich auch der jeweilige Kanton in vergleichbarer Weise an den Kosten beteiligt.

Die SP Schweiz befürwortet die Beteiligung des Bundes an den durch die Unwetter entstandenen Kosten. Sie befürwortet somit sowohl die Vorlage wie auch

den Kredit. Gleichzeitig bedauert die SP Schweiz, dass eine solche Vorlage überhaupt nötig ist. Die SP unterstreicht somit die Wichtigkeit einer griffigeren und ehrgeizigeren Klimapolitik, um solche Wetterereignisse und weitere Umweltkatastrophen, die etwa durch das Schmelzen des Permafrostes entstehen könnten, zu verhindern. Denn mit fortschreitender Klimakrise werden sich solche Ereignisse häufen und die Kosten stets steigen. Trotzdem schwächt der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit des Parlaments die Klimapolitik ab, wie etwa durch unnötige Kürzungen im Abbau-Paket 2027 oder durch parlamentarische Initiativen ([25.481](#)), die den CO₂-Absenkpfad für Auto-Importeure abschwächen. Aus Sicht der SP Schweiz ist dieses Vorgehen in Sachen Klima- und Umweltpolitik nicht nur unverständlich, sondern auch unverantwortlich. Denn es gefährdet die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung und belastet die Finanzen des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der Bevölkerung unnötig.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse,
SP Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Cécile Heim
Politische Fachreferentin